



meiden seien. Vorst zeichnet in kurzen Zügen die Thätigkeit der hamburger Lohn- und Uebernahmungskommission, welche die Verhältnisse der Buchbinder in Hamburg zu erleichtern und sie andererseits intensiver betreiben zu können, wird die Eintheilung in Bezirke beschloffen.

Es sind somit den einzelnen Bezirken bestimmte Vorstände und Vorstände überwiegen, selbstständig haben auch dann die in den einzelnen Bezirken konstituierenden Kollegen ihre Beiträge nur an den Vorort des Bezirkes zu richten. Die Zentralisirung des Arbeitsnachweises wird nach einem Vorschlag von Buch-Damburg beschloffen, und das vorgelegte Reglement angenommen.

Es wird dann in die Diskussion über den Entwurf eines Streik- und Wahrregelungsreglements getreten, wobei es interessante Erörterungen gab; dem Entwurf wurde im großen Ganzen zugestimmt und die Erwartung ausgesprochen, daß die anderen Bezirke baldmöglichst in die Beratung dieses Entwurfs eintreten. Ferner wird eine Resolution, betreffend Vergütung von Buchbinderarbeiten in Parteien-Geldern angenommen.

In einer weiteren Resolution wird das Verhalten einzelner Beiräte gegenüber den Verhältnissen des Verbandes mißbilligt, insbesondere vermahnt sich der Gautag ganz entschieden gegen den Versuch, eine neuerliche Uebernahmungsvereinbarung zu schließen, und die Mitglieder zu ermahnen, sich gegen die Verträge zu wehren, welche den Verband mehr neue Mitglieder zu führen zu können; er schloß mit einem Hoch auf unseren Verband und die deutsche Arbeiterbewegung, in welches auch die übrigen zahlreich erschienenen Kollegen einstimmen.

**Düsseldorf.** Am Sonnabend den 15. Mai hielten wir unsere vierteljährliche Generalversammlung ab. Dem dabei gegebenen Geschäfts- sowie Kassenbericht ist zu entnehmen: Der Mitgliederbestand betrug zu Anfang des ersten Quartals 35; zugestritten 9, eingetretene 5 Mitglieder. Abgestri 5, ausgestritten 2, nach § 6 a ausgestrichen 9, bleibt ein Bestand von 33 Mitgliedern. Durchschnittlich wurden die Versammlungen von 20 Kollegen besucht. Vorträge wurden 2 gehalten: 1. Ueber die Gewerkschaften und ihre Geschichte, von einem Kollegen, 2. Die Bedeutung des 1. Mai, Referent Herr Böbel vom Gewerkschaftsamt. Der Kassenbericht ergab für die Verbandskasse eine Einnahme von 253,88 Mk. und eine Ausgabe von 163,95 Mk. Bestand 89,93 Mk. In der Kassa ist ein Bestand von 48,81 Mk. vorhanden. Die Wichtigkeit der Kasse betonen die Referenten Kollegen Thomas und Große und wurde hierauf dem Kassier Kollege Jul. Schmidt Decharge erteilt. Um auch unterdessen die Beitragsfrage in Erwägung zu ziehen, hatten wir dieselbe auf die heutige Tagesordnung gesetzt. Während Kollege Hud im Prinzip gegen jegliche Erhöhung der Beiträge ist, was auch schon der Massenauflauf von Restanten rechtsergreife, teilen die Kollegen Zoen und Kusch dafür ein, daß eine Organisation wie unsere nur dann für kampfsähig angesehen werden kann, wenn derselben ein großes Kapital zur Verfügung stehe, dieses Kapital kann aber nur durch erhöhte Beiträge aufgebracht werden. Sämtliche Redner schloffen sich dem Letzteren an. Es wurde hierauf folgende Resolution mit 18 gegen 5 Stimmen angenommen:

Die am 15. Mai bei Postler, Kettingerstraße, tagende Versammlung der Zahlstellen Düsseldorf erklärt sich mit dem auf dem Verbandstage gefassten Beschlusse, den Beitrag auf 35 Pf. zu erhöhen, einverstanden und protestirt entschieden gegen eine Ueberstimmung.

Unter Verschiedenem wurden mehrere persönliche Angelegenheiten erledigt.

Es kann es nicht unterlassen, an dieser Stelle auf das Verhalten namentlich der einheimischen Kollegen zurückzukommen; diese werden ihr Geld wohl Vergnügungsbereitern zu, welche es hier zur Genüge geben, jedoch sind es gerade diejenigen, welche, wenn schon Mitglied des Verbandes, wegen dessen wieder gestrichen werden mußten. Alles Reden und Thun von unserer Seite nutzt bei diesen einheimischen Herren nichts. Die Einen geben an, ihnen sei der Verband zu rath, während den Anderen der Beitrag als zu hoch erscheint, die Hauptursache jedoch ist wohl allein die Laubbildung. Es wäre daher wohl an der Zeit, wenn, wie schon öfter darauf hingewiesen, ein tüchtiger Referent — vielleicht der Verbandsvorsitzende selbst — uns besuchn möchte.

**B. Heuer.**  
**Düsseldorf.** In unserer letzten Versammlung wurde unter Anderem auch nochmals die seiner Zeit am Gautag in Wülheim a. d. Ruhr in Flug gebrachte 20 Mark-Angelegenheit des ehemaligen Gauverbandes zur Sprache gebracht. Kollege Schmitt führte aus, daß es ihm seiner Zeit an Luft und Zeit gemangelt habe, um auf das in Nr. 11 b. Stg. Eingelangte des Kollegen Zenger-Hagen gebrührend zu antworten. Seinen Ausführungen gemäß übernahm er die Kasse der hiesigen Zahlstelle damals von Kollegen Kimmel in Gegenwart des damaligen Vorsitzenden Kollegen Lepczynski. Die Kassa sei im angelegten Betrag von 20 Mk. bei ihm nicht mit übergeben worden. Des ferneren verlas er einen Brief des Kollegen Kimmel, des Nachfolgers des Kollegen Zenger als Kassier am Orte, in welchem derselbe ausführlich: Kollege Zenger müsse sich im Streitpunkt befinden. Ihm seien die fraglichen 20 Mk. nicht übergeben worden und lege er Veranlassung dagegen ein, ihm gegenüber solche Behauptungen aufzustellen. Ihn sei von dem Verbanden ein

Gaukasse überhaupt nichts bewußt gewesen. Als Zeugen führe er die Kollegen Lepczynski und Jürst an, welche bei der Uebernahme zugegen gewesen seien. — Kollege Schmitt erklärte weiter, daß er sich in dieser Sache bei den Kollegen Zenger, Lepczynski und Spaltmann erkundigt habe, es sei ihm aber keineswegs gelungen, Licht in die Sache zu bringen, da von den Vorgenannten sich keiner mehr der langen Zeit wegen erinnere. Wie Kollege Zenger zu dieser Behauptung komme, sei ihm räthselhaft. Auf alle Fälle sei dieser zu dem Schluß gekommen nach einer Konferenz am 28. Februar mit einem früheren Mitglied, um durch diese Aufstellung sich die Sache vom Halse zu schaffen; denn am Gautag in Wülheim war er, laut Protokoll in Nr. 3 der Zeitung, der Meinung, dieselben hätten sich noch im Besitze des Kollegen Homfeld befunden, auch in Nr. 5 ist er sich noch nicht klar, wo sich dieselben befinden. Die Folge seines Eingelands in Nr. 11 sei, daß einige hiesige Herren sich redlich Mühe gegeben hätten, die letzten Kassirer auf ihre Redlichkeit zu vertheidigen. Es sei dies eben die Art jener „Gentlemen“, welche ruhig drauf losverleumdend, unter der Voraussetzung, daß doch etwas hängen bleibe. Zum Schluß erklärte Kollege Schmitt, daß ihn die Sache nicht weiter interessire, das Geld sei damals bei Auflösung des Jägervereins dem Gauvorstand zu Agitationszwecken überwiesen worden. Kollege Zenger sei vom jetzigen Gauvorstand beauftragt worden, über den Verbleib dieser Summe nachzuforschen. In welcher Weise er sich seines Auftrags erledigt hat, habe er bewiesen, auch habe derselbe nicht nöthig am Schluß seines Eingelands in Nr. 11 in solchem Tone zu erklären, die Sache sei für ihn erledigt, da er doch die ganze jetzige Kalamität verschuldet habe und verfolgen auch verpflichtet sei, sein Möglichstes zur Aufklärung derselben beizutragen.

**Leipzig.** Sonnabend den 22. Mai hielt der Fachverein Leipzig seine statutenmäßige Vereinsversammlung mit folgender Tagesordnung ab. 1. „Kapitalgewinn und Arbeitsentlohn“, Ref. Genosse Albin Mohs; 2. Gewerkschaftliches und Persönliches. Nach Beendigung und Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung erhielt Genosse Mohs das Wort zu seinem Vortrage. Derselbe bringt ungefähr Folgendes zu Gehör. Die heutige Tagesordnung beschäftige nicht nur die Presse, diese Frage werde allernächst erörtert. Das Einkommen der Arbeiter sei Kapitalgewinn, das der Arbeiter Arbeitsentlohn. Das erstere werde natürlich betrieffend von Konservativen und Liberalen bestritten. So habe Professor Sohm (bekannt durch die fälschliche Wahrheitsvorlesung) in einem kürzlich gehaltenen Vortrage „Uegen die Marxistische Idee“ erklärt: Die Leistungen der Kapitalisten seien entscheidend größer, als die der Arbeiter, und deswegen seien die hohen Einkommen gerechtfertigt. So sollen zum Beispiel die Arbeiten eines Maschinenbauers ganz unverhältnismäßig anstrengender als die seiner Waffler sein. Leider blieben von den eigentlich dazu berufenen Arbeitervertretern solche Ausführungen in den Versammlungen unüberwunden, wenn behauptet wird, daß das Einkommen der Arbeitgeber nur ihr Verdienst von ihren Leistungen sei und die Arbeiter nicht mehr für ihre Arbeit fordern könnten, da sie doch selbst nur die reinen Maschinen seien. Sei das Letztere auch theilweise wahr, sollen die Arbeiter doch für Verbesserung ihrer Lage eintreten. Die denkenden Arbeiter sind überhaupt diejenigen, welche sich die Vorbereite bei ihren Arbeiten herausuchen, die ihnen aber nicht, sondern nur ihren Prinzipalen zu Gute kommen. Weß durch des Arbeiters Vortheil die Arbeit schneller, werde sofort der Preis gedrückt. Die Mittelpersonen, die Werführer u. s. seien immer diejenigen, welche ihre Thätigkeit zum Schaden der Arbeiter entfalten; sie vergessen, daß sie eigentlich auch weiter nichts als Arbeiter, wenn auch besser bezahlte sind. Es gebe Fabrikanlagen, durch welche sich die Kapitalanlage verleihe, ja verwickelte. So zahlte z. B. die Bürgergenossenschaft (Vergewerk) in Zuidau i. S. ihren Aktionären im vergangenen Jahre 200 Prozent und in früheren Jahren seien sogar schon die 540 Prozent Dividende gezahlt worden. Und das trotz ganz gehöriger Abschreibungen. Das sei allerdings ein sehr altes Geschäft, aber auch Unternehmungen jüngerer Datums seien sehr rentabel. Die Altkienbrauerei in Lebau zahlte 1895 3%, im nächsten Jahre schon 7 Prozent; die deutsche Waffnenmunitionsfabrik 25 Prozent; die Berliner Paderaktiengesellschaft 20 Prozent gegen das Vorjahr 25 Prozent; die Hannoverische Papierfabrik 11 Prozent; die Hamburger JuteSpinnerei 9 Prozent; die Grazer JuteSpinnerei 16 resp. 22 Prozent; das Erzgebirgische Steintohlenbergwerk 70 Prozent gegen 65 Prozent im Vorjahre. Bei diesen Werten werden Abschreibungen bis zu 20 Prozent und mehr vorgenommen. Die Gehälter und Löhnen der Direktoren u. s. steigen in ganz enormer Weise und seien es hauptsächlich diese Leute, welche über die Begehrlichkeit der Arbeiter schimpfen. Das sei geradezu frechheit, denn mit den Einkommen, welche diese Herren beziehen, lasse sich leben. Die großen Bankhäuser, von denen jede einzelne mehrere Direktoren angestellt haben, zahlten jedem derselben jährlich ein Vermögen an Gehältern. So erhalten die Direktoren der Berliner Diskontobank 553 000 Mark, die der Berliner Handelsgesellschaft 235 000 Mark, die der Dresdener Bank 193 000 Mark, die der Internationalen Bank 175 000 Mark, die der Nationalbank für Deutschland 160 000 Mark, die der Bank für Handel und Industrie 93 000 Mark Jahresgehalt ohne Tantieme. — Betrachte man sich noch die täglichen Summen, welche die verschiedenen Länder ihrer Staatsoberhäuptern zahlen, z. B. Rußland 120 000 Mark, Türkei 80 000 Mark, Oesterreich 50 000 Mark, Deutschland 40 000 Mark, Italien und England je 32 000 Mark und das keine Belgen 8000 Mark täglich; der Präsident von Frankreich muß sich täg-

lich mit 3600 Mark begnügen und der von Nordamerika muß sich sogar mit 700 Mark täglich begnügen. Dagegen bekomme der Arbeiter größtentheils nicht einmal soviel, wie er zu seiner notwendigen Erhaltung braucht. — In Preußen sei das Durchschnittseinkommen aller Rentisten 941 Mark. Nach der 1888 in Preußen aufgenommenen Statistik haben 41,36 Prozent, also fast die Hälfte der Einwohner, ein Einkommen unter 420 Mark. In Altenburg haben sämtliche Rentisten ein Durchschnittseinkommen von 5 Mark täglich. Die Weberi im Gutsengebirge rentirt sich für die Weber folgendermaßen: Ein Weber 1. Klasse erhält täglich 73 Pf., 11. Klasse 54 Pf., 111. Klasse 25 Pf. Die Arbeiterinnen in den Papierfabriken erhalten bei 11: bis 12 1/2 stündiger Arbeitszeit wöchentlich 4,50 bis 9,00 Mark, das seien täglich nicht 75 Pf. im Durchschnitt. Die männlichen Arbeiter erhalten täglich 1,50 bis 2,00 Mark Lohn in denselben. Von Staatsrenten sei festgestellt, daß 11 000 Personen ein höheres Einkommen haben, als die ganze übrige Einwohnerzahl des Reiches zusammen. Ebenso sei festgestellt, daß 840 Personen über 100 000 Mark Jahres Einkommen haben. Es wird immer gepredigt, der Arbeiter solle zufrieden und sparsam sein; die Forderungen aber, welche Arbeiter eventuell stellen, seien trivial. Betrachtet man die Gehälter der Direktoren und hält die kleinen Einkommen der Arbeiter dagegen, so müsse das mindestens zum Nachdenken anregen. Durch die aufgedeckten Steuerhinterziehungen, gerade bei den großen Einkommen, sei bewiesen, daß der Reiche sich noch Extravorteile zu Ungunsten der Armen verschaffen will. Nachdem die Regierungen in den Jahren 1888 bis 1892 klarer wegen der Steuerhinterziehungen vorgegangen, seien die großen Einkommen um 20 bis 30 Prozent gesunken. Durch Erhöhung der Kornzölle ist 1888/89 1 Billion 1/2 Billionen an Zöllen bezahlt worden. Ob Agrarier oder Fabrikant, bei Weitem stehe das Einkommen zu ihren Leistungen im Mißverhältnis und sei deshalb als Kapitalgewinn zu bezeichnen. Dagegen erhalte der Arbeiter eine Entlohnung für seine Arbeit. Steuern, Lebensmittel, Mietzins u. s. erhöhen sich fortwährend, die Löhne dagegen gehen eher zurück. Durch bessere Betriebsanlagen werden die kleinen Unternehmungen erdrückt und immer mehr Arbeiter brotlos. Die manchmal notwendigen Streiks gehen nicht nur nach Unbilligkeit der Arbeiter, sondern hauptsächlich durch die Arbeitslosigkeit verloren. In Fabriken und der Hausindustrie werden noch zu viel Ueberstunden gemacht, was trage mit zum Nothstand bei. Die Noth zwingt jetzt schon die Menschen das Mittel zu ergreifen. Man greife schon durch Verminderung von Stücken x. zur Bettelarbeit. Die Verhältnisse seien unheilbar; Reichs- und Landtage verleihten eher die Arbeiterlage. — Die Arbeiter sollen sich nicht gegenfeitig bekämpfen, sondern durch eigene Kraft, Einigkeit und gute Organisation die Verbesserung ihrer Lage betreiben. Der Arbeiter darf die Lügen der Satten und ihrer Presse nicht glauben, wenn sie sprechen oder schreiben, daß ihre Führer sich die Bezahlung zur „Profession“ gewöhnt, weil sie dadurch ein gutes Leben führen können. Haben die Arbeiter ein gutes Leben führen wollen, wird es ohne Kämpfe gehen; wenn eine gute Organisation wird die Herren Unternehmer allein zu Zugeländnissen zu zwingen im Stande sein. Leichter Besatz. Die Diskussion über den gehörigen Vortrag ist eine sehr kurze und wird anschließend an die letzten Worte des Referenten die Situation in Leipzig bezüglich der Organisation verhandelt. Hinte und Kreppler geben bekannt, daß die Zahl der Eintritte zum Verband seitens der Fachvereinsmitglieder zu gering sei. Da höchstens 150 bis 170 angenommen werden, wird es von Glauben und Anderen bewieselt, es könne nur auf Zerstück beruhen. Im Ganzen sprechen dazu sachlich alle Redner, zum Theil wiederholt. Es soll lehrhaft für die beiden Organisationen agitiert werden. Kollege Hinte beantragt im Verschleiben die Berichte der Versammlungen des Fachvereins auch an die „Buchbinderzeitung“ zu schicken, er werde dafür sorgen, daß die Verbandsvorstandsberichte auch der „freien Presse“ zugehen. Der Schriftführer erledigt sich freiwillig. Kollege Klotz schlägt, da sich die schriftlichen Arbeiten so wie so mehren dürften, vor, eine Kopierpresse aufzukaufen. Nachdem der Vorsitzende noch bekannt gegeben, daß das Stiftungsfest des Jägervereins am 25. Juli im Altbergraben abgehalten wird und die Generalversammlung am 31. Juli stattfindet, schließt derselbe um 12 Uhr die von 78 Mitgliedern besuchte Versammlung, zugleich noch zu reger Vertheiligung beim morgigen Ausflug des Buchbinderinnenchor nach Zweinaundorf aufzufordern.

**Winterthur.** In der Berner Korrespondenz in Nr. 21 d. Bl. wird in ganz harmloser Weise über eine Konferenz der drei größten Sektionen des Schweizerischen Buchbinderverbandes berichtet, welche zur Verpredung der zentralen Wanderunterstützung und einigen anderen Fragen vom Zentralvorstand einberufen wurde. Da nun die fragliche Wanderunterstützung eine schon längst beschlossene Sache ist und nur der Einführung bedarf, so wäre der ganzen Angelegenheit keine größere Bedeutung zuzumessen, jedoch in sachlicher Beziehung können wir das Vorgehen, nur die drei größten Sektionen einzuladen, nicht dulden.

Wenn wir auch annehmen, daß der Zentralvorstand in guter Absicht gehandelt habe, um den kleinen Sektionen die Rollen zu ersparen, so hätte er direkten lassen zu können. Durch das Stillschweigen des Zentralvorstandes — die Konferenz hat schon an Nichter stattgefunden, aber bis heute ist noch kein offizieller Bericht über den Verlauf derselben und zu Gesicht gekommen, ja wir hätten nichts davon gewußt, wäre es nicht von Bern aus berichtet worden — könnte man fast annehmen, der-

selbe wolle überhaupt vollständiges Dunkel darüber verbreiten. Wegen eine solche Vorgehensweise der kleinen Sektionen müssen wir aber ganz entschieden protestieren; stets hat Winterthur regen Antheil am Ausbau des Verbandes genommen, wir stellen uns deshalb auch die Frage, ob denn die kleinen Sektionen jetzt kein Recht mehr haben mitzusprechen, sondern nur noch Zahlungsobligaten haben? Wenn letzteres der Fall sein sollte, so bitten wir um Benachdrigung.

Um aber dem Treiben des Zentralvorstandes weitere Beleuchtung zu geben, wollen wir noch erwähnen, daß derselbe circa sechs Wochen vor Oetern von der Sektion Winterthur über seine Thätigkeit interpellirt wurde; es dauerte wohl vier Wochen bis eine Antwort eingelaufen ist, obendrein enthielt diese keine Auskunft, sondern nur Ausflüchte, so daß man schließlich das Porto hätte ersparen können.

Die Besammlung der Sektion Winterthur vom 22. Mai hat nun beschloffen, folgende Fragen dem Zentralvorstand vorzulegen:

- 1) Warum hat der Zentralvorstand es unterlassen, die kleinen Sektionen zu der an Oetern stattgefundenen Konferenz einzuladen?
- 2) Warum hat er die Konferenz in seiner Antwort an die Sektion Winterthur nicht erwähnt und ignorierte die Sektion Winterthur damit?
- 3) Warum wurde bis heute noch kein Bericht über die Konferenz abgegeben und wann wird derselbe erscheinen?
- 4) Welche Thätigkeit genießt der Zentralvorstand in nächster Zeit zu entwickeln zur Hebung des Verbandes?
- 5) Wie stellt sich der Zentralvorstand zum Austritt der Sektion Zürich aus dem Gewerkschaftsbund, da laut Verbandstatut die Mitgliedschaft obligatorisch ist?

In letztgenanntem Punkt wollen wir nur anbeuten, daß man ausserhalb Zürich etwas anderer Meinung ist als in Zürich selbst, da man uns aber keine Gelegenheit gegeben hat, uns an der Konferenz auszusprechen, wollen wir es auch unterlassen, hier darauf einzugehen.

Zum Schluß möchten wir die anderen Sektionen, namentlich die kleineren einladen, unsere aufgeworfenen Fragen zur Diskussion zu ziehen und auch ihre Meinung über das Vorgehen des Zentralvorstandes zu bekunden.

Im Auftrag der Sektion Winterthur:  
B. Schweizer.

### In die Arbeiterschaft Deutschlands!

Das Aufblühen in der Textilindustrie, das sich auch für die Aktionäre der JuteSpinnerei und „Weber Bremen“ in einer Steigerung der Dividende — für 1896: 12 Prozent — bemerkbar machte, zeitigte für die im Vertriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nicht etwa gleichzeitige Verbesserung, sondern einen steten Niedergang der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Mehr und mehr wurde in den letzten Jahren das Loos der ohnehin schiedelosesten Arbeiterkategorien ein unerbittliches. Löhne für verarbeitete Arbeiter von 14—16 Mark für 14tägige Arbeitsleistung sind keine Seltenheit. Die Durchschnittslohn der Arbeiterinnen ist ebenfalls 14—15 Mk. pro 14 Tage. Dazu kommt für diese die denkbar unwürdigste Behandlung. Gemeinliches Unthun der männlichen und weiblichen Arbeiter in einem Arbeitsraum war an der Tagesordnung. Einem Hoffnungsstraß auf Besserung warf in diese denkbare Zustände die Anfang dieses Jahres erfolgte Gründung einer hiesigen Filiale des Textilarbeiterverbandes. Die Arbeiter und Arbeiterinnen schlangen sich zu Forderungen auf. Nachdem nun vor einigen Wochen die JuteSpinnerinnen mit Hilfe des Einigungsamtes einen Theil ihrer Forderungen erreicht hatten, legten vor ca. 8 Tagen — da die auch ihnen verpöndene Lohnaufbesserung nicht eingehalten worden war — die Weber und Weberinnen, ca. 400, die Arbeit nieder. Die Direktion wollte jedoch ihre „Macht“ fühlen lassen, ließ sich nur zu geringen, unannehmbaren Zugeständnissen herbei und wies sogar die Anrufung des Einigungsamtes in schroffer Weise ab. Um einen Sieg der Weber und Weberinnen zu ermöglichen, stellte eine Versammlung sämtlicher Abtheilungen der in der JuteSpinnerei Arbeitenden Forderungen auf und drohte den Generalstreik an. Nimmere bezeugte sich die Direktion zu nicht unbedeutenden Zugeständnissen an die einzelnen Abtheilungen — ausgenommen die Weber und Weberinnen — und knüpfte die Gewährung der Zugeständnisse an die Bedingung der ungeschämten bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Weber und Weberinnen. Dieses schamhafte Anbieten beantworteten die Arbeiter durch Arbeitsüberlegung sämtlicher JuteSpinner, Vor- und Anspinner und Webstühle, was die Direktion zwar, überreichte die Arbeiter der anderen Abtheilungen fast ausnahmslos zu entlassen. So sind ausgemacht ca. 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen theils ausständig, theils ausgesperrt im Kampf um die Erringung einer menschenwürdigen Existenz. Das vom Gehilfen edler Selbstthätigkeit genogene Verhalten der JuteSpinner verdient das höchste Lob; es verdient aber auch, daß die Arbeiterschaft Deutschlands es sich zu Pflicht mache, diese aus bitterem Glend zum Kampfe getriebenen Arbeiter und Arbeiterinnen materiell und moralisch zu unterstützen. Ihr Sieg bedeutet die Erhaltung und Kräftigung ihrer Organisation, diese aber einen Fortschritt in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Deutschlands, dem der politische Fortschritt dieser Arbeiter, soweit sie noch unangeklagt, folgt. Darum Solidarität!

Zugut ist streng fernzukaufen. Unterstützungs-gelder werden entgegengenommen von Joh. Wentermann, Jacobistraße 6.  
Der Vorstand des Vereins der Textilarbeiter.  
Zahlstelle Bremen.